

Preis-Anfrage 17,400.
Abonnementpreis viertel 4 1/2 Mk.,
incl. Druckkosten 5 Mk.,
nach die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Sonderdruck 10 Pf.
Gebühren für Extradruckungen
ohne Belohnung 30 Pf.
mit Belohnung 45 Pf.

Inferate Spezialrate 20 Pf.
Sonderdruck (nach vorheriger An-
zeige) 10 Pf.
Zahlfreier Satz nach höherem Tarif.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich
die Spalte 20 Pf.
Inferate nach Tarif an die Expedition zu
lesen. — Reklamen sind nicht gegen
Zahlung pro Annahme oder durch Post-
anweisung.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

76. Jahrgang.

Sonnabend den 22. April 1882.

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannsgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Sonntags 10-12 Uhr.
Mittwochs 5-6 Uhr.

Die in dieses Blatt eingereichten Manuskripte
sind zurückzugeben.

Annahme der für die nächstfolgende
Nummer bestimmten Inserate an
Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags,
an Sonn- und Feiertagen früh bis 9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Cottbus, Hauptstr. 11, 1. Stg.
Löwen-Str. 18, 2. Stg.
nach 10 1/2 Uhr.

№ 112.

Wegen der Messe
ist unsere Expedition
morgen Sonntag
Vormittags bis 12 Uhr
geschlossen.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amthlicher Theil.

Bekanntmachung.

Am 24. d. M. wird mit der Pfählung der Kur-
gelstraße begonnen werden, und zwar zunächst auf der
Seite zwischen der Thür des Grundstückes Nr. 13 und der
Dübenerstraße. Die Durchfuhr wird dabei von ge-
wöhnlichen Tage ab, je nachdem dies die Arbeiter thun
machen, streifenweise für den gesammten Fahrverkehr
geschlossen.
Leipzig, am 20. April 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Geörgl. Gennig.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 22. April 1882.

Die Beschlüsse der Bundesrathsausschüsse über
das Tabakmonopol gelangen am Mittwoch den 20. April
unter unmittelbarer Mitwirkung. Auf Antrag des Be-
zirksrates, des Königl. preussischen Finanzministers Witter,
nahm man von einer allgemeinen Debatte Abstand und trat
sogleich in die Einzelberatung ein. Es wird hauptsächlich eine
Debatte über das Prinzip der Besteuerung des Tabaks, wobei
die Annahme des vormaligen Finanzministers Witter, die
die Besteuerung des Tabaks durch einen Zuschlag zu den
Zöllen im Vordergrund der Debatte stand. Inzwischen ist
nicht uninteressant, dass gerade von solcher Seite
welche mit besonderer Wärme für das Monopol eintritt, mit
einer gewissen Mäßigkeit darauf gehalten wird, bei künftigen
Aufsichts- und Verwaltungstragen die Befugnisse der Einzel-
staaten im Vordergrund der Debatte, welche das Reich mehr
in den Vordergrund stellt, so ungehörig wie möglich zu ge-
halten. Am Donnerstag lag ein Antrag von Hamburg
und Bremen vor, welcher dahin geht, für den Fall der An-
nahme des Monopols Hamburg und Bremen bezüglich der
Uebernahme der Befugnisse der Einzelstaaten gleiche
Rechte wie dem Zoll- und Steuerrecht zu gewähren. Anträge von
sonstiger Art sind in der Debatte nicht vorgebracht
worden; die Beschlüsse der Ausschüsse sind demnach nicht
veröffentlicht und der Reichstag hat eine entsprechende
Schwierigkeit zu lösen. Das Monopol wird sich ent-
weder der nächsten Woche mit dem Reichstag beschäftigen
haben.

Dem Antrag des Reichstages gemäß hat der Bundes-
rath sich damit einverstanden erklärt, dass der Reichstag
in allen Fällen, in welchen die Befugnisse eines Einzel-
staates übergeben werden sollen, eine entsprechende An-
frage der Bundesversammlung zu stellen, die dem Reichstag
dennoch vorbehalten bleibt.

Nach den Dispositionen, die im preussischen Ober-
haus getroffen sind, erscheint es notwendig kaum möglich,
die Landtagssession in der kurzen Frist, die auch in Aus-
sicht genommen war, zu Ende zu führen. Die Disposi-
tion über die künftige Session wird im Reichstag
dennoch für die nächsten Wochen nicht beginnen. Kommt
das Gesetz, was zu erwarten ist, die zweite Kammer wird,
so ist ein weiterer Aufschub des Schließens wahrscheinlich.
Unter diesen Umständen hat die Reichstagssession für sich,
wenn die Arbeit, in den Sitzungen des Reichs-
tages gleich nach dessen Constituirung eine längere Pause ein-
treten zu lassen, um den Landtag seine Arbeiten mit Ruhe
vollenden zu lassen. Es bleibt abzuwarten, was unerwünscht,
wenn nicht besser von vornherein ein späterer Einberufungster-
min für den Reichstag beliebt werden soll; die Disposi-
tion der Session in der Bundesversammlung ist auf die eine wie
auf die andere Weise unternehmlich.

Ueber die Veröffentlichung des Berichts des preussischen
Justizministers Dr. Friedberg über die Justiz-
verwaltung unter dem Einfluss der Reichsjustizgesetzgebung
an den Kaiser ist eine definitive Bestimmung noch vorbehalten.
Inzwischen hört die „R. St.“, dass der preussische Justiz-
minister den Bericht des kaiserlichen Justizministers,
den Präsidenten sämtlicher Oberlandesgerichte und den Ober-
staatsanwälten zugewandt hat, mit dem ausdrücklichen Ein-
verständnis, dass der Kaiser die Reichsjustizverwaltung
allen Dingen zurechnen, welche in vorläufiger Weise an den
Reichstag übergeben sind. Der Kaiser gibt übrigens in dem
Kaiserlichen an den Justizminister seiner Anerkennung darüber
Ausdruck, dass der Wert der nationalen Einheit durch die
Justizgesetzgebung eine Förderung erfahren habe.

In Hannover sowohl als in Rassel hat die provin-
zialen Centralcomités der national-liberalen
Partei dieser Tage zusammengetreten, um die Maßnahmen zu
einer Befähigung, Werbung und Erweiterung der bestehenden
Organisationen in Betrachtung zu ziehen, namentlich auch
die Mittel zu besprechen, die Bildung oder Reorganisation
von Localvereinen zu befördern und sie in enge Verbin-
dung mit den provinziellen Comités zu setzen. Wir begründen
diese Beschlüsse mit Freude und wünschen ihnen den
besten Erfolg. Ohne Zweifel sind die provinziellen Organi-
sationen am meisten häufig und beruflich, in ihren Organen
angewandt und gefördert zu werden, mit Rath und Ermahnung
den verschiedenen Behörden der Provinz be-
zogen und die lokalen Vereine, Comités oder auch
einzelne einflussreiche Parteimitglieder zu erheben. Die
Weg zu tragen. Die Regierung wird auch fernere bei Prüfung der
Verhältnisse, zu der sie die aus dem Arbeiterkreise herbeigeholt

Zu der akademischen Feier des Geburtstages Seiner Majestät des Königs,

Sonntag, den 23. dieses Monats, Vormittags 11 Uhr, in der Aula der Universität, bei welcher
Herr Consistorialrath Domherr Professor Dr. Luthardt die Festrede halten wird, beehrt sich der
Unterzeichnete die Freunde und Gönner der Universität hiermit ergebenst einzuladen.
Der Rector der Universität.
Dr. Fr. Jarnde.

Gewölbe-Vermietung.

Das zur Zeit an Herrn Valentin Desatz aus Schmalla
vermietet, mit Gadeinrichtung verordnete Verkauf-
gewölbe im Erdgeschoss des Stockhauses am Rasch-
markt links des Burghaus-Durchganges soll vom 6.
October d. J. an gegen einhalbjährliche Kündigung
Dienstag, den 23. dieses Monats,
Vormittags 11 Uhr
auf dem Rathhaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 17 an den
Preisbietenden anderweitig vermietet werden.
Die Vermietungs- und Verdingungsbedingungen liegen
ebenfalls auf dem großen Saale schon vor dem Termine
zur Einsichtnahme an.
Leipzig, den 6. April 1882.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Geörgl. Gennig.

Bekanntmachung.

Da noch immer blinde schulpflichtige Kinder ent-
gegen der Bestimmung in §. 4, des Volksschulgesetzes jahre-
lang ohne den gebührenden Unterricht bleiben und der Blinden-
anstalt erst in einem Alter zugelassen werden, in welchem bei
ihnen die Bedingungen eines geistlichen, in sich geschlossenen
Unterrichts und einer erfolgreichen Erziehung nicht mehr voll
vorhanden sind, so fordern wir die hier nachstehenden Eltern
solcher Kinder, beziehentlich die Stellvertreter der Eltern hier-
durch auf, alle bis jetzt noch nicht angemeldeten, im volles-
chulpflichtigen Alter stehenden blinden Kinder behufs deren
Aufnahme in die Blindenanstalt spätestens bis zum
30. dieses Monats
schriftlich bei uns zur Anmeldung zu bringen.
Leipzig, am 17. April 1882.
Der Schulausschuss der Stadt Leipzig.
Dr. Panik.

Königliches Gymnasium.

Der Rector des Gymnasiums Dr. Richard von Schütz
erlaubt, den 24. April, Vormittags 10 Uhr, Herrn Director Herr
Dr. Schütz, wegen des Lehrer-Collegiums ergebenst einzuladen
Leipzig, am 21. April 1882.
Richard Richter.

Erste Städtische Fortbildungsschule für Knaben.

Sonntag, den 23. April, Vormittags 1/11 Uhr, findet ein Fest-
actus zur Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs Albert
von Sachsen im Saale der ersten Fortbildungsschule statt. In dieser
Feier haben sich die Schüler der Klassen 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7.,
8., 9., 10., 11. und 12. eingeschrieben.
Im Namen des Lehrers-Collegiums lobt ergebenst ein
W. Pöschmann, Director.

Bekanntmachung.

Wir beauftragen, die Ausführung verschiedener Pfasterarbeiten
an einer Unternehmung zu vergeben.
Die hiesigen befristeten Unternehmungen liegen im hiesigen Gemein-
deamt zur Einsichtnahme aus und sollen nach Offerten ebenfalls
versteigert mit der Aufschrift „Pfasterarbeiten“ bis zum
5. Mai dieses Jahres
erzieren.
Sollte, am 20. April 1882.
Der Gemeinderath.
Paulus, O.-Stdt.

und persönlichen Verhältnissen eines größeren Bezirks genau
bekannt ist, weit erfolgreicher gelingen als von einer einzigen
allgemeinen Centralstelle, die wieder ihre besonderen Aufgaben
hat. Es wäre zu wünschen, wenn auch andere Vantesscheile
oder Länder dem Bergang von Hannover und Rassel folgten.
Nur wenn die National-liberalen ihrer Organisa-
tionen besser und freier gehalten, werden sie es vermögen,
dass andere liberale Richtungen mehr und mehr versuchen,
ihnen den Boden abzugeben und unter der Firma der liber-
alen Einheit auf Kosten der National-liberalen für Fort-
schrittspartei und liberale Vereinigung zu wirken.

Der österreichische Reichsrath dürfte, wie es in
Abgeordnetenkreisen heißt, erst Mitte Juni vertagt werden.
Es sollen außer dem Reichsrath noch das Congregations-
rath, die Schulräthe und die Gemeinderäte vertagt werden. Von
Wien aus sollen täglich Sitzungen des Abgeordnetenhauses
stattfinden. — Die Wahlreform-Commission des Reichsrathes
hat die vom Abgeordnetenhause beschlossenen Veränderungen an
der Reichsraths-Verfassung unbedeutend angenommen. In
folge dessen dürfte die Wahlreform in kurzer Zeit auch im
Reichsrath zur Verhandlung kommen. — Damit einer
officiellen Forderung nicht vorgegriffen werde, wird in
Wien der Reichstag die verfassungsrechtlichen Organisations-
Comités geheim gehalten. In vertrauten Kreisen verlautet
jedoch, es sei die Abkündigung des Compromisses und die
Wahlreform beschlossen worden. Anlässlich dieses behauptet
man, dass die Einberufung einer Wählerreform-Commission
in Aussicht genommen sei.

In der jüngsten Sitzung der ungarischen Delegation
ward der Kriegsminister von mehreren Deputirten interpel-
lirt, welche auch sonst manchen seiner Anträge und Ausfüh-
rungen heftig widersprochen. So fragt der Deputirte Ober-
den Kriegsminister, welche Gründe für die Beibehaltung
des jetzigen Truppenstandes für weitere drei Monate angegeben
worden. Der Kriegsminister hebt die Nothwendigkeit des Auf-
standes und des Vorhandenseins einzelner Banden hervor und
begrenzt die Aufrechterhaltung des jetzigen Truppenstandes
für die nächsten Zeitperioden und die danach eingehenden
Theilnahmen. — Deputirter Alexander Geyser schließt sich
der Meinung des Deputirten Ober an. Wenn man zur Unter-
brechung des Aufstandes 70,000 Mann braucht, mit welchen man
imposant und das Wintergegend vermeiden konnte, so sei es
jetzt nicht notwendig, durch drei Monate einen solchen
Truppenstand zu erhalten. Aber auch die großen Kriegsaus-
gaben seien nicht gerechtfertigt; jetzt sei Frieden und die Zu-
lagen würden sogar auf das Uebermaß beantragen, er wolle, dass
man ähnliche Anträge stellen werde und will sich diesen an-
schließen. Kriegsminister Graf Waldstätt bemerkt, er halte alle
logische Erwägung des gegenwärtigen Truppenstandes nicht
für möglich; nach drei Monaten werde es vielleicht angehen.
Deputirter Graf Hall, Oberbaurath des kaiserlichen Reichs-
fiskus, „Heller Kreis“, sagt, dass er schon im Jahre 1878,
als die Centralität einer Occupation Österreichs und der
Deputirten zum ersten Mal zur Sprache kam,
in öffentlicher Sitzung die Befreiung auszusprechen, es
werde von gewisser Seite dahin gedrungen werden, die alte
Militärorganisation aus jenen Ländern wiederherzustellen. Jetzt,
so nachdenklich so große Summen, ohne tatsächliche
Begründung, daher auch ohne die Möglichkeit einer parlia-
mentarischen Prüfung verlangt werden, jetzt sage er jenen
Verdacht nur behält und er glaube, es könne nicht freib
genug erklärt werden, dass die ungarische Delegation und
das magyarische Parlament, dessen Einfluss die Delegation sei,
zur Kenntlichmachung solcher Behauptungen nie und nimmer hilf-
reiche Hand bieten werden. Er schließt sich daher unbedingt
dem Standpunkte Geyser an und glaubt, dass durch ein
solches Kastraten die Justification der Delegation noch mehr
beschäftigt werde, als wenn man durch Did und Düna Alles
bewähre, was von militärischer Seite zu fordern für gut
befunden wird. — Der Kriegsminister bedauert, dass die Vor-
reiter der Armee die Hände binden wollen und gibt zu
verstehen, man wolle das nur, weil die Herren in militärischen
Dingen völlig unvorsicht sind. Damit hat der Kriegs-
minister den Regel allerdings auf den Kopf getroffen.

In verschiedenen hochselbstlichen Wiener und Prager
Blättern wird ebenfalls die Stellung der Regierung zur
Arbeiterfrage erörtert. Man meint, es sei wohl richtig,
dass es in Österreich keine „Arbeiterfrage“ in dem Sinne
gibt, wie in den Nachbarstaaten, weil eben die Beschäftigung
der Arbeiterverhältnisse in Österreich provinzielle und locale
Momente in erster Linie in Betracht kommen. Dessen provin-
zialen und lokalen Verhältnissen suche die Regierung, wie
ihre Verhältnisse gegenüber verschiedenen in jüngerer Zeit vor-
getommener Arbeiterkreise bemerken habe, auf administrativen
Weg und wie die Erfahrung gelehrt, mit Erfolg Rechnung
zu tragen. Die Regierung wird auch fernere bei Prüfung der
Verhältnisse, zu der sie die aus dem Arbeiterkreise herbeigeholt

Die deutsche nicht anders betreiben können als durch Betörung unter
berufen nationaler Bewusstheit und mit dem Wille in der Hand.
Nachdem jedoch andauernd versucht worden ist, doch alles aus-
sicheres und Ausbleiben von den Deutschen herkommen und doch erst
in den letzten 20 Jahren etwa der Hälfte der Deutschen, welche eigent-
lich National sind, nach Deutschland gekommen sind, heißt es:
„Bisher haben wir, das wir ohne Deutsche überhaupt untergehen
würden, und wer sollte das eigentlich nicht noch denken? In der
Österreichischen Wimmelt es von Deutschen, in der St. Peterburger
Wimmelt es von Deutschen — Deutsche, in der früheren böhmischen
Deutsche, welche die wichtigsten Stellen in der Verwaltung
besetzen. Glaubt man, dass sich unter ihnen viele Deutsche
finden, welche deutsch denken und handeln.“ Antwort werden die
Deutschen als Unterdrückte des Reiches und des Reiches betrachtet,
welche auch u. A. gesagt: „Die deutschen Kaiser und Statthalter, welche
mit den Deutschen der ungarischen Kriegskriegskriegskriegskriegskrieg
mit der Herrschaft zu beherrschen.“ Es ist nicht möglich, alle vertragen,
an solchen fremden Stellen nicht möglich anzustellen, wie erdrossen
nur noch den Schicksal des ersten Capitän. Deutsche lauzt: „Wäre
Blut, räulliches Blut, der Deutsche lauzt. — Der Reichstag und
Parlament? — Deutsche.“ Die folgenden Capitel sind der National-
bewusstheit, wie der Deutsche lauzt, er an dem Reich herrschenden
Arbeitsweise, an der Ausbreitung des Reiches, an dem immer höher
auftretenden Arbeiter, an dem Reich die Herrschaft der Deutschen
verwirklichte Schicksal, überhand an jeder Art von in Reich nach-
barischen Schicksal; keine, das die russische Arbeiterbewegung, der Reich-
tag, das ein Reich dieser Arbeiterbewegung, der Reichstag, das
deutschen Socialismus — Arbeiter, Reich, Bewegung, Arbeiter, ge-
schäftliches und handelsliche Leben zerbricht.“

Das letzte Capitel ist gegen die Jesuiten in Russland,
welche natürlich mit den Deutschen in Zusammenhang ge-
bracht werden, gerichtet.

Am Petersburger wird telegraphisch gemeldet: General-
major Fedorow, der früher die Oberaufsicht im Winter-
palais führte, übernahm für die Bezirke Petersburg und
Koskau dieselben Functionen, die General Strelnikow in
Ries und Odesa hatte. Der General-Procurator Mar-
jano ward telegraphisch von seiner Urlaubserlaubnis zurückgerufen
und traf hier ein. Dagegen ist Koris-Resnikow noch nicht
angekommen.

Die Schweizer Regierung geht bekanntlich mit der Idee
um, eine internationale Regierung der Arbeiterverhältnisse,
ein internationales Rathsrecht, anzubahnen. Sie ist hierzu
veranlasst worden theils durch die sprechende Wirkung ihres
Rathsrechtes, theils durch die Klagen, welche die Arbeiteranten
der Schweiz über die Ermüdung der Concurrenz durch die
beschränkenden Bestimmungen des Rathsrechtes über den
Normalarbeitstag, die Frauen- und Kinderarbeit, die Ge-
sundheit und dergleichen erhoben haben. So sagt denn die
Schweizer Regierung im vorigen Jahre bei den Wäldern
Unterhandlungen wegen Vereinbarung einer internationalen
Rathsrechtes an, indem sie zunächst durch ihre Vertreter im
Auslande in vertretlicher Weise Entwürfen darüber ein-
schieben ließ, welche Aufnahme ein Verzicht über internationale
Regelung einzelner Punkte der Rathsrechtes bringen könnten
würde. Wie die „St. St.“ weiß, ist die Mehrheit der
Staaten nicht abgeneigt, in Verhandlungen wegen internationaler
Regelung vertragsgewisser Bestimmungen gewisser Rathsrechtes
gehung betreffender Grundsätze einzutreten, wenn zwar die
Punkte bezeichnet werden, auf welche sich die internationale
Regelung beziehen soll. Die deutsche Reichsregierung dürfte
gerne die Anregung der Schweizer Regierung hinsichtlich
angenehmen haben, jedoch den gegenwärtigen Zeitpunkt, wo
für im Begriff steht, wichtige Punkte der zweiten Frage an
dem Wege der Gesetzgebung zu regeln, nicht für prägnant
halten, bezüglich dieser Punkte an einer internationalen
Regelung mitzuwirken.

Der Verfassungskonflikt, der nun seit bereits nahezu
sieben Jahren in Dänemark einen Zustand völliger Zer-
klüftung hervorruft, wird auch in dieser Session der Land-
vertretung nicht zur Verlesung gelangen. — Die früher ge-
legte Hoffnung, dass es gelingen werde, zwischen beiden Häu-
sern einen Ausgleich herbeizuführen, scheint trübselig zu sein,
nachdem das Oberhaus die von der Abgeordnetenkammer ge-
schickten Budgetprojekte nicht genehmigt hat. In Folge dieser
Nahmens ist das Budgetgesetz an das Abgeordnetenhause
zurückgelehrt, das seinerseits die früher beschlossenen Entwürfe
zurückgelehrt hat. — Nach einer fünfjährigen Debatte in
weiterer Sitzung beruhte das Budgetgesetz die vierte Budget-
behandlung. Die von der ersten zusammengesetzten Entwürfen
und Änderungen wurden mit 63 und 67 gegen 23 Stimmen
genehmigt. Die Folge wird also auch diesmal wohl wieder
ein Budgetgesetz, d. h. Verfassungswidriges Zustand ein
Gesetz werden könnte, wenn nicht auf beiden Seiten Ab-
gleichheit erzielt wird. Es einflusslos eine nicht zu beant-
wortende Frage.

Gladstone's Himmel muß toller Geigen klingen oder
mit General Stobell darin überstimmen, daß wir uns von der